



Delegiertenversammlung 2 – 2022

Vernehmlassung Projekt «Governance»

Ab 2020 hat sich die Weiterentwicklung des Projekts nicht zuletzt aufgrund der Coronapandemie verschiedentlich verzögert. Nun sind die Vorarbeiten aber weit fortgeschritten. In den kommenden Monaten werden einzelne Punkte des Lösungskonzepts überprüft, Fragen zur konkreten Umsetzung geklärt und der Vernehmlassungsentwurf erstellt. Vorgesehen ist, dass die Vernehmlassung **Ende Q1 2023** starten kann. Das MBA wird gegen Ende 2022 über das weitere Vorgehen informieren.

Seit dem 14. Juni 2022 wird das Projekt von Michael Füglistaler, Leiter Personal Schulen beim Mittelschul- und Berufsbildungsamt, geleitet.

Was bisher geschah ...

Im Herbst 2018 nahm das Mittelschul- und Berufsbildungsamt im Auftrag der Bildungsdirektorin die Arbeit am Projekt Governance auf. Ausgelöst wurde der Auftrag unter anderem durch das Postulat KR-Nr. 46/2015 betreffend «Attraktive und zeitgemässe Anstellungsbedingungen für die Schulleitung/Rektorinnen und Rektoren auf der Sekundarstufe II» und die Motion KR-Nr. 297/2018 betreffend «Anstellungsverfahren im Bildungsbereich».

Im Oktober 2018 fand ein erster «Round Table» mit Vertretungen aus dem Schulfeld statt. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass die zukünftige Regelung daran zu messen ist, ob sie im Ernstfall, nämlich dann, wenn Meinungsverschiedenheiten, Streitigkeiten oder sonstige Probleme auftreten, eindeutige Antworten liefert. Am Round Table wurden die Handlungsfelder des Projekts definiert.

Basierend auf diesen Handlungsfeldern erarbeitete die Projektgruppe gemeinsam mit dem Fachausschuss Lösungsvorschläge. Im Zentrum stand dabei einerseits die Klärung und Aktualisierung der Rollen der Schulleitungen (SL), der Schulkommissionen (SK), der Konvente und der Bildungsdirektion (BI) inklusive Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA). Andererseits sollen die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten hinreichend abgegrenzt und klar definiert werden.

Zwischen November und Dezember 2019 legte die Projektgruppe die erarbeiteten Lösungsvorschläge den betroffenen Gremien vor. In den Personalverbänden, den Vorständen der Präsidialkonferenz Zürcher Berufsfachschulen (PZB), der Konferenz der Schulkommissionspräsidentinnen und -präsidenten Mittelschulen (PSK MS), der Lehrpersonenkonferenz Berufsfachschulen (LKB), der Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Berufsfachschulen (KRB) und der Schulleiterkonferenz Mittelschulen (SLK) sowie anschliessend in den jeweiligen Gesamtgremien wurden sie diskutiert. Ein Termin mit dem Vorstand der Lehrpersonenkonferenz der Mittelschulen (LKM) kam nicht zustande.



Der Austausch mit den Gremien war intensiv, aber lösungsorientiert. Der Handlungsbedarf war insgesamt unumstritten, wurde aber als unterschiedlich gross eingeschätzt. Die Diskussionen mit allen am Projekt Beteiligten zeigten, dass es schwerfällt, die Begriffe Führung und Aufsicht klar voneinander abzugrenzen. Es muss eine Lösung gefunden werden, welche die grosse Gestaltungsfreiheit der Schulen – generell und insbesondere bei pädagogischen Fragen – weiterhin gewährleistet und dem Subsidiaritätsprinzip Rechnung trägt. Kontrovers diskutiert wurden insbesondere die Rolle der Schulkommissionen sowie der Einbezug des Kollegiums in die Anstellung und Beurteilung bei der Wiederwahl von Schulleitungsmitgliedern. Hier braucht es eine datenschutzkonforme Lösung, die den Konvent weiterhin in den Prozess einbindet.

Nik Schatzmann, Amtschef MBA,
Information vom 8.7.2022, leicht gekürzt

Denise Sorba

Winterthur, 17 September 2022